

# Das Recht im Dritten Reich

Vortrag Dr. Schlegelbergers in Warschau

Kampf gegen die sogenannte Antifisch-Vorlage. Diese Vorlage sieht eine Ermächtigung für die Bundesbehörden vor, Polizeibeamte, die sich von der Volksmenge einen gefangenen Regier entziehen lassen, strafrechtlich zu verfolgen. Der Gesetzentwurf wird von seinen Gegnern als undemokratisch und als Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bezeichnet! Die Obstruktionstaktik der Südstaaten besteht darin, daß die Gegner der Vorlage unter Ausnutzung der im Senat herrschenden Redefreiheit seit drei Wochen ununterbrochen sprechen, um entweder die Abstimmung zu verhindern oder die Zurückziehung der Vorlage zu erzwingen.

Der Organisator der Obstruktion ist Senator Ellenor aus Louisiana, der selbst sechs Tage lang sprach. Er erklärt, daß die Annahme der Vorlage einen Sieg für die vollständige Gleichberechtigung der Regier in den Vereinigten Staaten bedeuten würde, was als nächsten Schritt Eheschließungen von Angehörigen der verschiedenen Rassen und die Bastardierung der weißen Bevölkerung zur Folge hätte. Den Urheber der Vorlage sei es nur um den Fang von Regierstimmen für die nächsten Wahlen zu tun.

Der Senator Bilbo erklärte sich bereit, nötigenfalls monatelang zu sprechen, um die amerikanischen Frauen und Töchter vor den Gefahren einer vollständigen Gleichberechtigung der Regier zu schützen.

## Danktelegramm an Dr. Dietrich

Nach der Rückkehr in die Heimat sandte der Pressechef der jugoslawischen Regierung, Dr. Lutovice, an den Reichspressechef Dr. Dietrich ein Danktelegramm für die herzliche Aufnahme, die die jugoslawischen Journalisten in Deutschland gefunden haben. Ebenfalls erhielt der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, SA-Obergruppenführer Weiß, von dem Direktor des jugoslawischen Nachrichtenbüros Abala ein in gleichem Sinn gehaltenes Telegramm.

## Verteilung der Uniform des Heeres

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat dem General der Infanterie Herzog von Coburg, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und Präsident der Vereinigung Deutscher Frontkämpferverbände, das Recht zum Tragen der Generaluniform des Heeres verliehen.

## Der Führer ehrt Oberst von Rukhsenbach

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat dem Obersten a. D. Eugen von Rukhsenbach in Kolberg anlässlich der Vollendung des 100. Geburtstag den Charakter als Generalmajor verliehen und ihm sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift zugehen lassen. Der Kommandierende General des II. Armeekorps wird die Glückwünsche des Führers persönlich übermitteln.

## Neue Aufgaben für den Werberat

Staatssekretär Hante Nachfolger des Reichsministers Funt. Reichsminister Funt verabschiedete sich im Verwaltungsgebäude des Werberates der deutschen Wirtschaft in Berlin als Vorsitzender des Verwaltungsrates von den Angehörigen des Werberates. Der Präsident des Werberates, Ministerialdirektor i. e. N. Reichard, sprach Reichsminister Funt, dem Schöpfer und bisherigen Vorsitzenden, seinen und seiner Mitarbeiter Dank für die Arbeit aus.

Reichsminister Funt brachte zum Ausdruck, daß er jetzt nach fünf Jahren feststellen könne, daß der Werberat seine Aufgaben in vorbildlicher Weise angefaßt und durchgeführt habe. Weil der Werberat einen starken wirtschaftlichen Wirkungsbereich habe, sei auf diesem Gebiete eine enge Zusammenarbeit zwischen Propagandaministerium und Wirtschaftsministerium erforderlich. Durch die organisatorische und personelle Verbindung mit dem Vierjahresplan werde das neue Wirtschaftsministerium eine Konzentration der Kräfte bringen, die auch für die Werbung fruchtbar sein wird. Sowohl auf weltanschaulichem wie auf wirtschaftspolitischen Gebiet werden durch diese neue Gestaltung der Dinge dem Werberat wichtige neue Arbeiten und Aufgaben erwachsen.

Nach herzlichen Worten des Dantes besonders für Präsident Reichard und seinen ständigen Vertreter, Professor Dr. Hunte, übertrug Reichsminister Funt sein Amt auf Staatssekretär Hante.

## „Besuch bei einem Handwerker“

Neuer Aufsatzwettbewerb in den deutschen Volksschulen.

Der Leiter des deutschen Handwerks, Walter, hat nach dem Erfolg des vorjährigen Aufsatzwettbewerbs über das Handwerk auch in diesem Jahre den Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gebeten, die Durchführung eines derartigen Aufsatzwettbewerbs in den Volksschulen zu genehmigen.

Der Minister hat dem Ersuchen stattgegeben und durch einen Erlaß den Schulen und Lehrern der deutschen Volksschulen die Beteiligung an dem neuen Aufsatzwettbewerb freigestellt. Die Aufsätze werden im Februar angefertigt, und zwar in den Klassen III und II (d. h. also von den Schülern und Schülerinnen im 6. und 7. Schuljahr). Die Themen lauten diesmal: „Ein Besuch bei einem Handwerker“ und: „Welches Handwerk gefällt dir am besten?“

Der Leiter des deutschen Handwerks in der DZV hat für die besten Arbeiten Sachpreise im Gesamtbetrag von 5000 RM. sowie 2000 Bücher „Das Handwerk“ ausgesetzt. Die Festsetzung der Preisträger erfolgt auch diesmal über die Gaupreisgerichte vom Reichspreisgericht. Dem Reichspreisgericht werden wieder Vertreter des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsjugendführung, des NS-Lehrerbundes und schließlich des Handwerks angehören. Den Vorsitz des Preisgerichts führt der Leiter des deutschen Handwerks in der DZV, Paul Walter.

## Der Ausbau der Hochseefischerei

Der preussische Finanzminister besucht Wesermünde und Cuxhaven.

Der preussische Finanzminister Prof. Dr. Popitz be suchte den Fischereihafen Wesermünde, um sich davon zu überzeugen, ob die großen vom preussischen Staat besonders seit dem Umbruch in diesem Hafen investierten Mittel zweckmäßig verwendet worden sind und wie weit der Ausbau der Wesermündener Hochseefischerei nach den Zielen des Vierjahresplanes bisher gediehen ist. Ferner will der Minister klären, in welchem Umfang den Forderungen auf Ausbau des Fischereihafens im Rahmen des preussischen Staatshaushalts 1938 entsprochen werden kann. Von Wesermünde aus begab sich der Minister nach Cuxhaven um sich hier ebenfalls über den Stand der Cuxhavener Hochseefischerei zu unterrichten.

Im Mittelpunkt der Warschauer Tagung der Arbeitsgemeinschaft für die deutsch-polnischen Rechtsbeziehungen, die im Mai vergangenen Jahres in Anwesenheit des polnischen Justizministers Grabowski von dem Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht, Dr. Frank, ins Leben gerufen wurde, stand ein Vortrag des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, Dr. Schlegelberger, über „Die Entwicklung des deutschen Rechts im Dritten Reich“.

Staatssekretär Dr. Schlegelberger gab einen umfassenden Überblick über die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung auf allen Gebieten des politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, die das deutsche Volk und Reich völlig neu geformt haben. Dann wandte sich der Redner dem besonderen Gebiet der deutschen Rechtspflege und der Erneuerung des deutschen Rechts zu und führte aus, daß die Rechtsentwicklung zwangsläufig durch den Wandel der Lebensanschauung und die Richtung der Lebensziele eines Volkes bestimmt werde.

Daraus ergebe sich, daß das gesamte deutsche Recht neu ausgerichtet werden müsse, und zwar werde es ausgerichtet nach einem Blickpunkt, den man mit einem Wort „Die Volksgemeinschaft“ nennen könne. Die Erweitung des Gemeinschaftsgehalts und der Wandel in der Bewertung der Lebensgüter, der Sieg der sittlichen und kulturellen Forderungen über materiellen Besitz seien für Inhalt und Rang der Normen bestimmend.

Dr. Schlegelberger schilderte dann im einzelnen die Erneuerung des deutschen Rechts auf allen Gebieten, wobei er auf die wichtigsten neuen Gesetze einging und die Grundsätze aufzählte, nach denen das neue deutsche Recht geschaffen werden soll. Schließlich ging Dr. Schlegelberger noch auf die Ausbildung des deutschen Richters, auf seine Stellung, Aufgaben und Befugnisse ein.

## Mehr Lebensraum!

Die Parole der deutschen Wirtschaftspolitik.

Der zweite Tag des fünften großen Lehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP in München unter-

## Französisches Torpedoboot bombardiert

Bolschewistischer Angriff in französischen Hoheitsgewässern

Ein bolschewistisches spanisches Flugzeug griff innerhalb der französischen Hoheitsgewässer bei Cerbère den französischen Torpedobootszerförer „La Boursoivante“ mit Bomben an, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

Havas berichtet über den Zwischenfall aus Perpignan: Die beiden nationalspanischen Kreuzer „Canarias“ und „Almirante Cervera“ und zwei nationalspanische Torpedobootszerförer kreuzten vor der Küste von Cerbère. Bei Eintritt der Dämmerung patrouillierte innerhalb der französischen Gewässer der französische Torpedobootszerförer „La Boursoivante“ etwa einen Kilometer von der Küste entfernt, während die vier nationalspanischen Kriegsschiffe abdampften. In diesem Augenblick erschien ein Flugzeug mit silbernen Farben und ließ über dem französischen Torpedobootszerförer, den es anscheinend für einen nationalspanischen hielt, zwei Bomben fallen. Die eine Bombe fiel zweihundert Meter von dem Zerförer entfernt ins Wasser, die andere schlug etwa dreihundert Meter von dem französischen Küstenbeobachtungsposten von Cerbère ins Wasser. Die nationalspanischen Kriegsschiffe nebelten sich ein und verteidigten sich gegen drei andere Flugzeuge, die auf sie einen Angriff unternahmen, mit Maschinengewehr- und Geschützfeuer.

## 5000 Sowjetspanier gefangen

Halbamtlich wird aus Salamanca mitgeteilt, daß die Kämpfe an der Zernel-Front mit großer Heftigkeit weitergehen. Die nationalen Truppen, so wird weiter festgesetzt, brächen überall den bolschewistischen Widerstand und gewannen langsam, aber sicher immer neuen Boden. Während der 40tägigen Kämpfe an der Zernel-Front seien beinahe 5000 Sowjetspanier gefangen genommen worden. Die Zahl der Toten ist auf bolschewistischer Seite außerordentlich hoch. Hervorgehoben wird ferner die vorbildliche Leistung der nationalspanischen Luftwaffe und der Luftabwehr, die den sowjetspanischen Fliegern Tag für Tag große Verluste beibrachte haben. Die Zusammenarbeit der nationalen Flieger mit der Infanterie sei außerordentlich gut. Auch bei den letzten Kämpfen haben nationale Flieger den Abschnitt Villastar südwestlich von Zernel mit zahlreichen Bombenabwürfen angegriffen und mehrere sowjetspanische Verbände vernichtet.

In Anbetracht der wirksamen Offensive, die die nationalen Truppen zur See und in der Luft gegen bolschewistische Waffenzufuhren durch Angriffe auf Hafenanlagen, Munitionsfabriken, Eisenbahnen und militärisch wichtige Straßen eröffnet haben, hätten, so wird von nationalspanischer Seite noch festgesetzt, die Bolschewisten Negrin und Prieto und deren ausländische Agenten ihre Lügeheze über eine angebliche „unmenschliche Kampfführung“ der nationalen Truppen noch verstärkt. Aber, so betont man in Salamanca, selbst England habe anerkannt, daß die nationale Heeresleitung innerhalb des spanischen Hoheitsgebietes und in den Hoheitsgewässern das Recht besitze, die Waffenversorgung der Bolschewisten aus dem In- und Ausland zu unterbinden.

Im übrigen wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Schlagkraft der nationalen Luftwaffe und der Flotte dadurch wesentlich erhöht worden ist, daß die Frontlänge auf 2500 Kilometer zusammengeschrumpft ist. Der von den Bolschewisten beherrschte Teil der Mittelmeerküste hat nur noch eine Länge von 1200 Kilometern, und die Wirksamkeit der sowjetspanischen Flotte ist gleich null.

## Bomben auf Barcelona

Wie Havas berichtet, haben nationalspanische Luftstreitkräfte am Dienstag zwei Bombenangriffe auf die Befestigungsanlagen und militärisch wichtigen Punkte Barcelonas unternommen.

frisch mit seinen Referaten die politische Parole, die der Leiter der Kommission, Bernhard Köhler, als Motto gewählt hatte: „Zunehmend Menschen, zunehmend Land!“ War der Vortrag von Oberst Loeb auf die Erweiterung unseres Landraumes nach innen gerichtet, so waren die Ausführungen des Reichsstatthalters, Reichsleiters Ritter von Epp ein leidenschaftlicher Appell, in jedem Augenblick sich der Notwendigkeit der Erweiterung unseres Landraumes auch nach außen bewußt zu sein.

Oberst Loeb ging davon aus, daß kaum ein Wirtschaftsausschnitt der deutschen Geschichte einer so einseitigen inneren Ausrichtung bedürfte wie der Vierjahresplan. Besondere Bedeutung habe die Notwendigkeit der Freimachung von Arbeitskräften und die Erhöhung der Arbeitskraft der einzelnen, um bis zum letzten die deutsche Arbeitskraft sinnvoll einzusetzen und auszuschöpfen. Es sei unmöglich, anzunehmen, der Vierjahresplan bedeute eine Sentung der Lebenshaltung, weil ja gerade Ziel ist, die Lebenshaltung zu erhöhen. Der Ablauf des ersten Jahres berechtige zu der Erwartung, daß das gestellte Ziel voll erreicht wird.

Reichsstatthalter Ritter von Epp stellte besonders die wirtschaftliche Seite unserer Kolonialforderung heraus, wandle sich mit scharfen Worten gegen die Verschönerungen unseres Kolonialanspruchs und stelle ihnen die einseitige Notwendigkeit gegenüber, unseren Besitz an Raumkräften zu erweitern. Eine Fülle zahlenmäßiger Gegenüberstellungen bewies, wie umfangreich die Raumpotenzien der anderen Weltmächte dem raumarmen Deutschland gegenüber sind, und wie auf der anderen Seite die ehemaligen deutschen Kolonien für uns wesentliche wirtschaftliche Lücken auszufüllen vermögen. Die Rede des Reichsleiters endete mit einem Hinweis auf die Unerfüllbarkeit unserer kolonialen Forderung.

Bernhard Köhler stellte in den Mittelpunkt seiner Rede die nationalsozialistische Auffassung von einem neuen Weltbegriff und seine Beziehungen zur Weltwirtschaft nach alten Begriffen. Er bekannte sich zum Prinzip des Außenhandels, der eine Brücke zwischen den Völkern ist, ohne ihre Lebensrechte zu beengen.

## Die Mittelmeerflotte in Gibraltar

60 englische Kriegsschiffe bei den Frühjahrsmänavern.

Aus Portland trafen die britischen Kreuzer „Sheffield“, „Southampton“, „Newcastle“ und „Aurora“ mit der 4. Zerförer-Flottille im Hafen von Gibraltar ein. Der Rest der Flotte wird dort in Kürze erwartet, so daß sich schließlich etwa 60 britische Kriegsschiffe im Hafen von Gibraltar befinden werden, um dann Anfang Februar zu den geplanten Frühjahrübungen auszulassen.

## Zentralregierung greift durch

Scharfer Kurs im Interesse der Landesverteidigung.

Die Hinrichtung des Gouverneurs der chinesischen Provinz Schantung, Hanfutschu, ist im Zuge der seit kurzer Zeit ausgeübten Ausmerzung untreuer und unfähiger militärischer Unterführer durch die chinesische Zentralregierung erfolgt. An der Treue Hanfutschus zu Nanjing waren erstmals Zweifel aufgetaucht, als Tsingtau seinerzeit von der japanischen Blockade der chinesischen Küste ausgenommen worden war.

Hanfutschu wurde vom Kriegsgericht in Hanfau für schuldig befunden, seine Truppen entgegen dem Befehl des chinesischen Oberkommandos vom Gelben Fluß zurückgenommen sowie einen großen Teil der Provinz Schantung fast ohne Kampf preisgegeben zu haben. Das Todesurteil hat allgemeine Überraschung hervorgerufen, da die chinesische Zentralregierung hiermit zum ersten Male von der bisher geübten Milde gegen abtrünnige Unterführer abweicht, im Interesse der Verteidigung des Landes also einen neuen, scharfen Kurs an den Tag legt.

## Die Frage der Kriegserklärung

Im japanischen Oberhaus erklärte Außenminister Hirota, daß die Zeit für eine Kriegserklärung an die chinesische Zentralregierung noch nicht gekommen sei. Obwohl es sich um einen Krieg größten Ausmaßes handele, könne die gegenwärtige Lage in Ostasien doch nicht an den Kriegsregeln des Völkerrechts gemessen werden. Auf der einen Seite habe Japan erklärt, daß antijapanische Regime und die Militärs in China besitzigen zu woflen, und auf der anderen Seite arbeite Japan mit dem neuen Regime zusammen. Japan unterscheide also zwischen der Zentralregierung und dem chinesischen Volk. Wenn Japan den Krieg erkläre, so träten automatisch für dritte Mächte die Neutralitätsgesetze in Kraft. Mit Rücksicht auf seine internationalen Beziehungen habe Japan bis heute keinen Krieg erklärt, aber es sei nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Entwicklung die Erklärung des Krieges notwendig werde, und zwar mit Rücksicht auf die damit verbundene Neutralität dritter Mächte.

## Marineabteilung auf der Insel Hainan

Wie aus dem japanischen Hauptquartier mitgeteilt wird, haben sich japanische Kriegsschiffe gezwungen, ein Landungskorps in Yulin an der Nordküste der Insel Hainan einzusetzen, nachdem es zu einem Feuergefecht zwischen chinesischen Schunken und japanischen Kuttern gekommen war. Es wird dazu erklärt, daß in der letzten Zeit häufig chinesische Schunken in der Hainan-Strasse beobachtet wurden.

Gedenktage für den 26. Januar.

1781: Der Dichter Ludwig Achim von Arnim in Berlin ge. (gest. 1831). — 1934: Deutsch-polnischer Verständigungsvertrag. — 1937: Gesetz über die einheitliche Regelung des deutschen Beamtenrechts. — 1937: Gesetz über die erste territoriale Flurbereinigung im Deutschen Reich: Altona und Wandsbek kommen zu Groß-Hamburg, Lübeck, Cuxhaven, Eutin und Birkenfeld zu Preußen, Wilhelmshaven zu Oldenburg. — 1937: Sommer: A. 7.52, U. 16.34; Mond: A. 4.00, U. 12.09 Uhr.